



Oliver Krischer MdB
NEWSLETTER

NEWSLETTER JANUAR 2012

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde,

ein für die Energiepolitik ereignisreiches Jahr neigt sich dem Ende entgegen. Die schrecklichen Ereignisse von Fukushima und die darauf folgende Energiewende haben unsere Arbeit in diesem Jahr sehr geprägt. Zurückblickend lässt sich festhalten, dass 2011 für uns Grüne ein sehr erfolgreiches Jahr gewesen ist. Wir haben nicht nur den Atomausstieg durchgesetzt, sondern sind auch zum ersten Mal in allen deutschen Landtagen vertreten und stellen in Baden-Württemberg sogar den Ministerpräsidenten. Dies sind Erfolge, auf die wir zurecht stolz sein dürfen!

Energiepolitisch liegt trotz Atomausstieg oder gerade deshalb noch viel Arbeit vor uns. Die Vertreter des alten Systems schüren nach wie vor die Angst vor Versorgungsengpässen. Wir werden auch im Jahr 2012 erklären müssen, dass und wie eine Energieversorgung ohne Kohle und Atom aussieht. Die Energiewende geht nur mit dem konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Kraft-Wärme-Kopplung, sowie der dafür notwendigen Infrastruktur mit intelligenten Netzen und Speichern.

Mit meinem letzten Newsletter im Jahr 2011 möchte ich euch auch kurz vor Weihnachten noch einmal auf den neusten Stand bringen und vor allem die Gelegenheit nutzen, Ihnen und euch ein fröhliches und geruhsames Weihnachtsfest, sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr 2012 zu wünschen!!

Oliver Krischer

Themen dieser Ausgabe

1. **KWK-Novelle bleibt hinter Erwartungen zurück**
2. **Debatte über Atommülltransporte von Jülich nach Ahaus im Umweltausschuss**
3. **Aus für CCS-Projekt von Vattenfall in Jänschwalde**
4. **Photovoltaik: 50,2 Hertz Problematik**
5. **Urteil des Langerichts Saarbrücken zu Bergschäden**
6. **Mustereinwendung gegen das niederländische AKW Bossele**
7. **Schwarz-gelb beschließt Politikkommissar als Aufpasser für Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU)**
8. **Terminhinweis: Fachgespräch zu Kapazitätsmechanismen am 18.01.2011 in Berlin**

1. KWK-Novelle bleibt hinter Erwartungen zurück

Die Bundesregierung hat am 14.12. einen Entwurf für ein Gesetz zur Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes (KWK-G) beschlossen. Dieser Entwurf wird in den kommenden Wochen zunächst in den Bundesrat und danach in den Bundestag eingebracht und dort beraten werden. Der Entwurf der Bundesregierung enthält in der Tat eine Reihe von Verbesserungen im Vergleich zur derzeitigen Gesetzeslage – ein Ergebnis des politischen Drucks auf die Bundesregierung von Verbänden, Unternehmen und der Opposition, wo doch schwarz-gelb die KWK schon im Koalitionsvertrag zugunsten der Atomkraft abgeschrieben hatte. Aber der Entwurf bleibt weit hinter dem Notwendigen zurück: Der Anteil der KWK stagniert nämlich seit Jahren bei ca. 15 Prozent. Sämtliche Prognosen gehen davon aus, dass das noch von der Großen Koalition formulierte Ziel, im Jahr 2020 25% des Strombedarfs aus KWK zu produzieren, verfehlt werden wird. Nach meiner Einschätzung wird auch der vorliegende Entwurf einer Novelle des KWKG daran nichts ändern. Die KWK hat bei der Bundesregierung nach wie vor nicht den Stellenwert, den ihr im Sinne von Klima- und Ressourcenschutz zusteht. Eine ausführliche Bewertung des Gesetzentwurfs sowie den Entwurf selbst finden Sie [HIER](#).

2. Debatte über Atommülltransporte von Jülich nach Ahaus im Umweltausschuss

Die Bundesregierung plant den Transport von 152 Castoren aus dem Forschungszentrum Jülich in das Zwischenlager Ahaus. Diese Transporte über viele Monate per LKW quer durch NRW sind überflüssig, gefährlich und teuer. Bundesumweltminister Röttgen drückt sie gegen den Willen der NRW-Landesregierung und der Menschen in NRW durch, um das Atom-Image des Forschungszentrum Jülich aufzuhübschen und für den Bund Lagerkosten in Jülich zu sparen. Mit ihrem Anteil von 90% am Forschungszentrum Jülich entscheidet die Bundesregierung faktisch allein was geschieht. Wir haben die Transporte zum Thema im Umweltausschuss des Bundestags gemacht. Mehr dazu findet sich [HIER](#). Auch die Aachener Presse hat umfangreich über das Thema berichtet, wie sich [HIER](#) nachlesen lässt.

3. Aus für CCS-Projekt von Vattenfall in Jänschwalde

Das Unternehmen Vattenfall hat das offizielle Aus für das geplante CCS-Demonstrationsprojekt in Jänschwalde verkündet. Dieser Schritt war längst überfällig und ist ein weiterer Beleg dafür, dass die CCS-Technologie bei der Kohleverstromung in Deutschland keine Zukunft hat. Der Plan von Vattenfall sah vor, an einem der Kessel in dem brandenburgischen Braunkohlekraftwerk Jänschwalde die Abscheidung des bei der Kohleverstromung anfallenden CO₂ zu erproben, sowie dessen anschließende Verpressung in den Landkreisen Oder-Spree und Märkisch Oderland. Doch bei den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort hat sich massiver Widerstand gegen die Pläne von Vattenfall gebildet. Dies geschah auch zurecht, denn die Risiken der CO₂-Verpressung sind völlig unzureichend erforscht. Auch energiepolitisch brauchen wir in Deutschland die CCS-Technologie bei der Kohleverstromung nicht, denn diese kann wirtschaftlich nur bei Kraftwerksneubauten eingesetzt werden, welche wir bei der Kohle strikt ablehnen. Meinen Bewertung des Vattenfall-Ausstiegs findet sich [HIER](#).

4. Urteil des Langerichts Saarbrücken zu Bergschäden

Das Landgericht Saarbrücken hat am 25.11.2011 in seinem Urteil 13 S 117/09 einem Bergbaubetroffenen Schadenersatz in Höhe von 1.140,- Euro als Kompensation für die starken Erschütterungen in den Jahren 2005 und 2006 zugesprochen, die durch die Bergbauaktivitäten der RAG in der Region verursacht worden waren. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die von der Kohleförderung verursachten Erschütterungen die Lebensqualität des Klägers beeinträchtigt haben. Das Urteil stützt sich dabei auf § 906 Abs. 2 Satz 2 BGB. Damit fällt das Landgericht ein Grundsatzurteil. Tausende weitere Betroffene aus dem Saarland und möglicherweise auch aus Nordrhein-Westfalen können nun unter Umständen ebenfalls Ausgleichszahlungen einfordern. Es handelt sich daher um einen Musterprozess, der massive Folgen für die RAG und für Bergbaubetroffene haben könnte. Das Urteil des LG Saarbrücken kann [HIER](#) auf meiner Homepage abgerufen werden. Um zu klären, welche Konsequenzen die Bundesregierung aus dem Urteil für die vielen tausend durch von Erderschütterungen vom Steinkohlebergbau betroffenen Menschen nicht nur im Saarland sondern auch in NRW zieht, haben wir eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt. Wir erwarten die Antwort Mitte Januar 2012.

5. Photovoltaik: 50,2 Hertz Problematik

Anders als von den Gegnern der Erneuerbaren Energien immer behauptet, leistet die Photovoltaik (PV) einen kontinuierlich steigenden Beitrag zur Stromversorgung in Deutschland. Insgesamt sind gegenwärtig ca. 300.000 PV-Anlagen in Deutschland installiert. Weil die Netzbetreiber das Potential der PV lange Zeit nicht ernst nahmen, machten sie technische Vorgaben für Wechselrichter, die sich heute als problematisch für die Netzstabilität herausstellen. Deshalb müssen zumindest größere PV-Anlagen nun nachgerüstet werden, wie die [Studie](#) "Auswirkungen eines hohen Anteils dezentraler Erzeugungsanlagen auf die System-/Netzstabilität bei Überfrequenz und Entwicklung von Lösungsvorschlägen zu deren Überwindung" von Ecofys und dem Institut für Feuerungs- und Kraftwerkstechnik (IFK) ergeben hat. Nun

stellt sich die Frage, wer die Kosten für die Nachrüstung übernimmt. Die grüne Bundestagsfraktion vertritt grundsätzlich die Auffassung, dass die Betreiber von PV-Anlagen das aktuelle Problem nicht verursacht haben. Es ist für uns in diesem Fall daher folgerichtig, dass nicht die Betreiber für die Kosten aufkommen, insbesondere nicht die Betreiber von Kleinanlagen. Letztlich wurden fast alle Akteure inklusive der PV-Verbände von der Geschwindigkeit des Ausbaus überrascht. Wichtig ist uns bei der Lösung des Problems neben Gerechtigkeitsaspekten, dass die nötige Umstellung möglichst kosteneffizient und systematisch vonstattengeht. Dies ist am besten durch ein koordiniertes Vorgehen von Seiten der Netzbetreiber zu gewährleisten. Auch deshalb befürworten wir, die entstehenden Kosten auf die Netzentgelte umzulegen.

6. Mustereinwendung gegen das niederländische AKW Bossele

Bei Vlissingen auf Zuid-Beveland in der niederländischen Provinz Zeeland wird direkt an der Küste, keine 200 Kilometer von NRW entfernt unter Beteiligung von RWE neben dem seit 1973 in Betrieb befindlichen, einzigen niederländischen Atomkraftwerke Borssele 1 eine zweite Anlage (Borssele 2) geplant. Derzeit läuft bis zum 12. Januar 2012 die Einwendungsfrist gegen die AKW-Neubaupläne bei der niederländischen Regierung. Nach den europäischen Verträgen können auch BürgerInnen der Nachbarstaaten Einwendungen gegen ein solches Projekt machen. [HIER](#) findet ihr auf meiner Homepage weiterführende Informationen zu diesem Thema sowie eine Mustereinwendung, die selbstverständlich in jeder Weise verändert und z. B. um persönliche Aspekte ergänzt werden kann. Die Einwendung kann in deutscher Sprache gemacht werden, muss (!) aber per Briefpost an die genannte Adresse in den Niederlanden geschickt werden (eMail und Fax sind nicht zulässig). Zeeland ist eine Region, in der sehr viele Deutsche Urlaub machen und in der der Tourismus ein großer Wirtschaftsfaktor ist. Wer in Zeeland schon mal Urlaub gemacht hat und/oder überlegt das in Zukunft zu tun, sollte in der Einwendung durchaus darlegen, welcher Imageschaden die Planung eines neuen Atomkraftwerks für die Region bedeutet. Vielleicht nutzt der eine oder die andere die etwas ruhigeren Weihnachtstage und investiert eine Briefmarke und einen Gang zum nächsten Postkasten für die Möglichkeit zur Einwendung gegen die Planungen für Borssele 2 im Sinne eines europaweiten Atomausstiegs.

7. Schwarz-gelb beschließt Politikkommissar als Aufpasser für SRU

Gegen den Willen des SRU und von der Sache her völlig ohne jeden Sachbezug haben die Abgeordneten von CDU/CSU und FDP die hochdotierte Stelle eines Politikkommissars geschaffen, der keinen anderen Zweck hat als den SRU politisch auf Linie zu bringen und in seiner unabhängigen wissenschaftlichen Beratung zu beschädigen. Weitere Informationen dazu finden sich [HIER](#). Unserem grünen Antrag auf Streichung dieses Unsinns haben sich in namentlicher Abstimmung ausschließlich Abgeordnete der Opposition angeschlossen. Besonders schlimm: Offensichtlich soll die die Stelle auch noch genutzt werden, „verdiente“ FDP-Mitarbeiter zu versorgen, wie ein interner Vermerk offenbart. Auch [Frontal 21](#) berichtete bereits darüber.

8. Terminhinweis: Fachgespräch zu Kapazitätsmechanismen am 18.01.2012 in Berlin

Deutschland hat jede Menge Energie. Doch steht diese auch an jedem Ort zur richtigen Zeit zur Verfügung? Durch den Atomausstieg ist die Diskussion um die Versorgungssicherheit in Deutschland neu entflammt. Denn zusätzlich zum forcierten Ausbau erneuerbarer Energien werden auch neue, effiziente Kraftwerke benötigt, die rasch zu- oder abgeschaltet werden können, wenn der Wind nicht bläst und die Sonne nicht scheint. Noch ist offen, welche neuen Stromerzeugungskapazitäten überhaupt gebraucht werden. Dennoch macht die Forderung nach neuen Marktmodellen und Subventionsprogrammen die Runde. Denn der Markt setzt aktuell kaum Impulse für die Investition in neue fossile Kraftwerke, Experten raten daher zu einer politischen Flankierung. Ein vieldiskutiertes Instrument ist die Schaffung von Kapazitätsmechanismen, also einer Vergütung für die Bereitstellung von elektrischer Erzeugungsleistung. Im Rahmen des Fachgesprächs will die grüne Bundestagsfraktion mit Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft diskutieren, ob tatsächlich ein Bedarf an zusätzlichen fossilen Kraftwerkskapazitäten besteht und wie hoch dieser ggf. sein wird. Im zweiten Schritt nähern wir uns der Frage, ob Kapazitätsmechanismen der richtige Weg sind, um die Bereitstellung zusätzlicher Kapazitäten anzuregen. Und schließlich richten wir den Blick auf bislang vernachlässigte Potenziale, etwa bei der Kraft-Wärme-Kopplung, der Verstetigung erneuerbarer Energien und der aktiven Steuerung der Nachfrage (Demand-Side-Management). Weitere Informationen sowie die Möglichkeit zur Anmeldung finden sich [HIER](#).

Impressum: Oliver Krischer MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin.

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich auf der [Website von Oliver Krischer](#) dafür eingetragen haben. Kein Interesse mehr am Newsletter? Bitte eine kurze Email schicken.